



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratensätze für den Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 260. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 7. Juni 1879.

Deutschland.

Berlin, 6. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat den Gemeinderath Jakob Weissenborn, Gutsbesitzer und Rentner zu Sulz im Bezirk Ober-Elsass, zum zweiten Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt. Se. Majestät der König hat den Geheimen Kriegsrath Balz, Militär-Ingenieur-Rath vom III. Armee-Corps, auf sein Ansuchen zum 1. September d. J. mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Der frühere Dirigent der Communal-Schulen in Marfisch, Lehrer Karl Michael Runk, ist zum Kaiserlichen Kreis-Schulinspector in Elsfeld-Lothringen ernannt worden.

Berlin, 6. Juni. [Die Festlichkeiten zur Feier der goldenen Hochzeit des Kaisers. — Die Regierung und die Reichstags-Session. — Präsidenten-Sitze in Gumbinnen. — Postales.] Von officieller Seite wird mitgetheilt: Die von der „Nat.-Ztg.“ mitgetheilten Gerüchte über eine völlige Aenderung des Programms der Festlichkeiten vom 11. Juni sind nur der Widerhall der im ersten Augenblick durch den Unfall des Kaisers entstandenen Besorgnisse. Das Befinden des Monarchen ist glücklicherweise der Art, daß eine Vertretung desselben bei der gesammten Feier nicht in Frage zu kommen braucht. Ebenfalls ist die Vollziehung der Trauung in Babelsberg anstatt in Berlin. Die Feier im königl. Schlosse wird ganz in der beabsichtigten Art stattfinden mit dem einzigen Unterschiede, daß der Kaiser zu den einzelnen Corporationen und Deputationen nicht herantreten, sondern dieselben sitzend empfangen wird. Dagegen ist es allerdings zweifelhaft, ob der Kaiser der Gala-Oper am Abend wird beiwohnen können. Inzwischen mehrte sich die Zahl der Deputationen, welche vertreten zu sein wünschen. Neuerdings sind namentlich außer dem vaterländischen Frauen-Verein eine Reihe wohlthätiger Vereine, welche unter dem Protectorat der Kaiserin stehen, zugelassen worden. Die Universitäten werden durch eine Gesamt-Deputation von je zwei Mitgliedern von jeder preussischen Universität repräsentirt sein; außerdem wird die Akademie der Wissenschaften und die Akademie der Künste, der sich die technischen Hochschulen anschließen, vertreten sein. — Daß man sich in Regierungskreisen mit dem Gedanken vertraut mache, den Reichstag bis zum Herbst zu verschieben, ist absolut falsch; die Reichsregierung wird vielmehr um jeden Preis auf den Abschluß der wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten ohne Unterbrechung der Session dringen. Es liegt dieser Abschluß vor allen Dingen auch im Interesse des Landes und namentlich der gewerblichen Kreise, denen nichts unerwünschter sein kann, als die Fortdauer der Ungewißheit und der an diese sich knüpfenden Agitation. — Die Nachricht über die Besetzung der Präsidenten-Sitze in Gumbinnen ist irrtümlich und ebenso die Nachricht von den damit in Zusammenhang gebrachten weiteren Personalveränderungen. — Der Versuch, dem Publikum die Möglichkeit zu bieten, auch in den Stunden, in welchen die Schalter der Postanstalten nicht geöffnet sind, Einschreibebriefsendungen gegen eine Entrichtung von 20 Pf. Einschreibungsgebühr versenden zu können, ist seit dem 1. October c. an verschiedenen Postanstalten gemacht worden und hat sich als durchführbar erwiesen. In Folge dessen hat der Generalpostmeister angeordnet, diese Einrichtung bei den dazu geeignet scheinenden Postanstalten durchzuführen. Auch die selbstständigen Telegraphenämter sollen ermächtigt werden, außerhalb der Dienststunden Einschreibebriefe anzunehmen.

Berlin, 6. Juni. [Bundesrathssitzung. — Motive zur Eisenbahngütertarif-Vorlage.] Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr eine Plenarsitzung im Reichskanzleramt unter Vorsitz des Staatsministers Hofmann. Nach den einleitenden Geschäftsken kam zur Abstimmung über den Antrag Baierns zu § 1 des Gesetzentwurfs, betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsfeld-Lothringens. Es fand sich, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, für diesen Antrag, welcher bekanntlich die regierenden deutschen Fürsten von der Berufung zum Statthalter der Reichslande ausschließen will, eine Mehrheit, während eine volle Uebereinstimmung nicht erzielt wurde. Der Antrag wird nur in das Protokoll aufgenommen, der Text des Entwurfs bleibt davon unberührt. Der letztere ist übrigens nach den Ausschussanträgen vom Reichskanzler und zwar unter dem Datum Berlin, den 2. Juni, dem Reichstage unterbreitet worden. Der Ausschussantrag für Justizwesen und Verfassung betreffend die Zustimmung zu dem Vertrage zwischen Baden und der Schweiz wegen der Grenzregulirung bei Constanz wurde angenommen. Der Antrag des Sonder-Ausschusses über das Güternetzen der deutschen Eisenbahnen wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil mehrere Mitglieder noch nicht informiert waren. Die Angelegenheit soll in 8 bis 10 Tagen zur erneuten Berathung gelangen. Der Vorsitzende erklärte, es sei die feste Absicht, den Entwurf möglichst bald an den Reichstag zu bringen und in dieser Session noch zu erledigen. Der Vertrag mit den Samoa-Inseln und Entwurf wegen Aenderung des Reichshaushaltsetats und des Landeshaushaltsetats von Elsfeld-Lothringen pro 1879/80 wurden angenommen. — Der Entwurf über die Eisenbahn-Gütertarife ist von sehr umfassenden Erläuterungen begleitet. In dem einleitenden Theile derselben heißt es:

„In erster Linie erschien es im Allgemeinen Verkehrs-Interesse geboten, für Sorge zu treffen, daß die bestehende Vielgestaltigkeit der deutschen Gütertarife beseitigt werde. Zu diesem Zwecke ist in dem vorliegenden Gesetzentwurf dem Reiche vorbehalten, gleichmäßig für alle deutschen Eisenbahnen das Tarifsystem und die Normal-Einheitsätze zu bestimmen. Abweichungen von den festzusetzenden allgemeinen Normen sollen fortan nur unter bestimmten Voraussetzungen und in der Regel nur dann zulässig sein, wenn sie von Seiten des Reiches zuvor Genehmigung erlangt haben; gegen die Veranlassung der deutschen Production durch Frachtabgaben für ausländische Erzeugnisse ist ein besonderer Schutz vorgesehen. Es wird ferner der Erlass von Vorschriften in Antrag gebracht, welche eine gleichmäßige Bildung und übereinstimmende äußere Einrichtung der Tarife, sowie eine geregelte Veröffentlichung und eine gleichmäßige Anwendung derselben zu sichern bestimmt sind. Zwischenhandlungen gegen die Bestimmungen über die Veröffentlichung und die gleichmäßige Anwendung der Tarife werden mit Ordnungstrafe, gegebenen Falles mit strafrechtlicher Abmahnung bedroht, auch ist vorgesehen, daß bei Unterbrechung eines Ordnungstrafe belegen, sowie eines zur Entschädigung der Verurtheilten Angeklagten oder Vorstandsmitgliedes die Eisenbahn habe. Sodann enthält der Gesetzentwurf Grundsätze über die Leitung des Verkehrs und Bestimmungen, welche der Concurrenz unter den Eisenbahn-Verwaltungen feste Schranken ziehen, damit eine unwillkürliche, der prompten Ausführung des Transportgeschäftes nachtheilige Zersplitterung des Verkehrs nicht ferner möglich sei. Endlich wird beabsichtigt, Herstellung einer lebendigen Verbindung zwischen der Reichsaufsicht und den am Gütertarifwesen vorzugsweise interessirten Kreisen die Einsetzung eines aus Vertretern der Verkehrsinteressen und der Eisenbahn-Verwaltungen bestehenden Organs in Vorschlag gebracht. Im Ausschusse

wurde angeregt, der Vollständigkeit wegen auch Bestimmungen über das Personentarifwesen in den Gesetzentwurf aufzunehmen, indem der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß der Bundesrath nachträglich die Genehmigung hierzu ertheilen werde. Die überwiegende Mehrheit nahm jedoch Anstand, über den vom Bundesrath gegebenen Auftrag hinauszugehen, zumal ein dringendes Bedürfnis für eine einheitliche Regelung des Personentarifs nicht anzuerkennen sei. Zum Güterverkehr im Sinne des Gesetzes soll nach Ansicht des Ausschusses auch die Beförderung von lebenden Thieren, Fahrzeugen und Leichen gerechnet werden. Ein Antrag, hinsichtlich der Bedingungen des Transportes von Leichen den Eisenbahnen freie Hand zu lassen, damit den Besonderheiten des Einzelfalles Rechnung getragen werden könne, fand nicht ausreichende Unterstützung, vielmehr hielt die Mehrheit des Ausschusses eine einheitliche Regelung auch der Leichenbeförderung auf Eisenbahnen für wünschenswerth, zumal wiederholt Beschwerden über Ungleichmäßigkeiten in dieser Beziehung hervorgetreten seien. Einverständnis herrscht darüber, daß die Beförderung von Leichen, welche von Reisenden in Personenzügen mitgeführt werden, aus Rücksichten einer erleichterten Expedition und Abrechnung auch ferner nicht dem Güterverkehr zuzurechnen und daher nicht nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs zu beurtheilen sei.“

Ferner: „Die in dem ersten Abschnitt des Entwurfs über die Bildung der Tarife vorgesehenen Bestimmungen zielen darauf ab, die mögliche Gleichmäßigkeit und Uebereinstimmtheit der Gütertarife unter Beachtung berechtigter Sonderinteressen einzelner Bahnen oder Verkehrswege sicher zu stellen und gegen willkürliche Begünstigung außerordentlicher Interessen Schutz zu gewähren. Es ist daher die Annahme eines einheitlichen Tarifsystems und gleicher Normal-Einheitsätze für alle Bahnen vorgesehen und die Feststellung dieses Systems sowohl, wie der Sätze dem Bundesrath übertragen, dem letzteren auch der Regel nach die Genehmigung etwaiger Ausnahmen vorbehalten.“

Berlin, 6. Juni. [Der Gesetzentwurf über Regelung des Gütertarifwesens.] Die in voriger Woche zum Schluß gelangten Beratungen der Bundesrath-Commission zur Herstellung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Regelung des Gütertarifwesens, haben gezeigt, daß Fürst Bismarck entweder seinen eigenen Einfluß unterschätzt, oder daß es nur seines Stützpunktes bedarf, um die Widerstände seiner Pläne im Bundesrath zu überwinden. Dem Missfallen an der Opposition gegen seine Eisenbahntarif-Idee hat der Herr Reichskanzler in seinem Schreiben an Herrn von Thüngen unter'm 16. April Ausdruck gegeben, unter gleichzeitiger Hervorhebung der Hoffnungsvolligkeit seiner Absichten angehängt der Abweisung der Eisenbahn-Minister der größeren Bundesstaaten, gegen Annahme eines übereinstimmenden Verfahrens. Es sind seitdem kaum 6 Wochen vergangen und schon ist es gelungen, die Gegnerschaft der Eisenbahnminister lahm zu legen und für die Bismarckschen Tarifpläne ein vorläufiges Resultat zu erzielen, welches, wenn es auch den ursprünglich gemachten radicalen Forderungen nicht völlig gerecht wird, so doch die unter dem 16. April bekundeten Ansichten des Fürsten Reichskanzlers übertrifft. Aus der Thatfache, daß die Mittelstaaten sich zu dem Tarifgesetzentwurf in Opposition gesetzt haben, ist aber das Schicksal desselben im Bundesrath umso mehr zweifelhaft, als auch bekannt ist, daß eine Anzahl Bundesstaaten, welche keine Staatsbahnen besitzen, wegen der Beeinträchtigung der commerciellen Interessen durch die in Aussicht genommenen Einheitsätze ebenfalls gegen den Tarifgesetzentwurf im Bundesrath stimmen dürften.

Berlin, 6. Juni. [Die Gewerkevereinsbewegung.] Welche noch jüngst bei der Generalversammlung der „Concordia“ in Frankfurt a. M. als unentbehrliche Bundesgenossen der friedlichen sozialen Bestrebungen anerkannt worden ist, entfaltet in jüngster Zeit rednerisch wie literarisch eine sehr lebhaft Thätigkeit. So sprach der Anwalt Dr. Max Hirsch in den letzten Wochen vor großen Versammlungen zu Stuttgart und Stolz, Biedrich und Mannheim mit gutem Erfolge, und im Laufe dieses Monats wird Herr Redacteur Polke einige 20 Orte Thüringens zur Gründung von Ortsvereinen bereisen. Von Erstgenanntem ist ferner (im Verlage von Olwin Staude) eine Broschüre erschienen unter dem Titel: „Die deutschen Gewerkevereine und ihre neueste Gegner. Zur Abwehr gegen die Angriffe des Hrn. Prof. L. Brentano und zur Aufklärung über die Geschichte und Leistungen der Gewerkevereine“, welche lebhaftes Interesse erregt. Die kleine Schrift ist sehr geeignet, über die wahre Bedeutung der deutschen Gewerkevereine und besonders auch über die Tagesfrage der Versicherung bei Arbeitslosigkeit aufzuklären.

Berlin, 6. Juni. [Die Ueberbürdung des Reichstages mit legislativischen Arbeiten. — Das Gesetz über die Gütertarife.] Wenn dem officiellen Telegramm, wonach die Einberufung des bairischen Landtags zum 14. Juli „in Aussicht genommen“ sei, Glauben beizumessen ist, so wird man wohl annehmen können, daß die bairische Regierung nach vorher eingeholter Erlaubnis überzeugt ist, daß der Reichstag vom 14. Juli ab nicht mehr beizumessen ist, sei es, daß die Reichstags-Sitzung geschlossen oder nur auf einige Zeit vertagt worden. Wie wenig aber wird sich bis dahin von den Vorlagen absolviren lassen, auch wenn das Plenum den Gesetzwindschritt der Tarifcommission annehmen sollte. Nachdem nun auch noch das Gesetz über die Gütertarife der Eisenbahnen dem Bundesrath zur schleunigen Berathung zugestellt und ein Gesetz über die Verlängerung der Budgetperiode in Aussicht gestellt ist, begegnet man überall der Frage, ob der Reichskanzler wirklich die große Umkehr auf allen Gebieten der Reichsregierung mit einem Schlage fertig schaffen will, oder ob die vielen Reactionsgesetze, die nach menschlicher Berechnung ein Reichstag selbst mit einer nicht bloß gefügigen, sondern blind aufs Wort geborenen Mehrheit nicht in ein paar Monaten zu absolviren im Stande sein werde, zum Theil nur als Schreckmittel für schwankende Nationalliberale und Conservative (denn auch diesen beginnt schon vor dieser reactionären Hochfluth zu grauen) eingebracht werden. Man sucht auch nach Motiven für diese heftig-mäßige Eile und geräth wohl gar auf den Gedanken, der Reichskanzler fürchte, daß Ereignisse, die vom Willen der Menschen nicht beeinflusst werden, seiner Machtthätigkeit bald ein Ende bereiten könnten. Dagegen freilich spricht die Erfahrung, daß der Reichskanzler im letzten Jahre bei den vielen Ueberraschungen, die er durch neue Pläne dem deutschen Volke bereitet hat, über seinen ersten Willen, dieselben so schnell als möglich durchzuführen, niemals Zweifel gelassen hat. — Der Entwurf des Gesetzes über die Gütertarife beabsichtigt das Reichseisenbahn-Projekt vollends überflüssig zu machen. Wenn dann, wie das Tarifgesetz will, dem Bundesrath das Recht übertragen wird, alle Tarife — ordentliche und Ausnahmestärke — nach seinem Belieben festzustellen, so wird allerdings, wie jetzt sogar die „Nationalzeitung“ begreift, das Schicksal des ganzen Han-

deis und jedes einzelnen Handelsplatzes fortwährend in die Hände des Bundesraths gelegt.

[Widerstrebende Strömungen in der nationalliberalen Partei.] Die „N.-L.-Z.“ bringt einen „Zur Abwehr“ überschriebenen Artikel, worin sie sagt: Nicht zum ersten Male genießt die nationalliberale Partei zur Zeit die Ehre, von den Organen aller anderen Parteien als todtkrank behandelt zu werden; nicht zum ersten Male muß sie von diesen guten Freunden bei lebendigem Leibe ihre Leichenreden hören. Wenn wir diese Situation nicht mit demselben ungetrübten Humor auffassen wie ebendies, so geschieht es, weil die bittersten dieser Reden von einer Seite herkommen, welche selbst zur nationalliberalen Partei gezählt zu werden beansprucht. Freilich, auch diese Erscheinung ist nicht ganz neu. Die „Nat.-Lib. Correspond.“ ist während des vorjährigen Wahllampfes von ganz derselben Seite mit Vorwürfen überschüttet worden, weil sie den von der gouvemenentalen Presse hingeworfenen Handschuh ohne Umschweife aufnahm und die unerhörten Angriffe, welche selbst gegen einen so allgemein verehrten und maßvollen Mann wie Bennigsen gerichtet wurden, in gleicher Münze heimzahlte. Inzwischen, es handelte sich damals um die politische Gesamtaufassung, und über diese mochte man mit uns rechten. Heute aber sind wir doch nicht wenig erstaunt, gerade von denjenigen, welche unermüdlich ermahnen, bei dem Zolltarif alle politischen Parteifragen außer Betracht zu lassen, über unsere Haltung in dieser Angelegenheit die feindseligsten Beschuldigungen zu hören. Die „Nationallib. Correspond.“ ist nicht, wie man sie hier und da zu bezeichnen liebt, das „officielle Organ der nationalliberalen Partei“. Sie ist, wie das ihr Name besagt, stets redlich bemüht gewesen, die Politik der nationalliberalen Partei in allen wesentlichen Punkten zu vertreten und die Auffassungen der parlamentarischen Fraction der Parteipresse zu übermitteln. In den handelspolitischen Fragen aber hat sie allezeit Gebrauch gemacht von der Freiheit, welche den Einzelnen im Rahmen des Parteiprogramms gelassen war. Wer will uns darüber schelten? Die gegenwärtige schützjollerische Bewegung stammt nicht von gestern. Während ihrer ganzen Dauer haben wir ihr gegenüber niemals den Standpunkt extremer Bekämpfung eingenommen. Unsere Forderung ist immer gewesen: gewissenhafte, allseitige Prüfung der concreten Verhältnisse und dementsprechende Entscheidung. In dem überhäufeten Verfahren aber, mit welchem jetzt die elementarsten Grundlagen unserer bestehenden Handelspolitik umgewandelt werden, vermögen wir eine Erfüllung dieser Forderung nicht zu erblicken, und daraus haben wir kein Hehl gemacht. Wir sind auch der Meinung, daß einer solchen „Reform“ gegenüber diejenigen, welche von der Schädlichkeit derselben für unser Wirtschaftsleben überzeugt sind, die Hände nicht in den Schoß legen können, und daß die Gegenagitation um so lebhafter werden wird, je weiter man heute in die Bahnen eines veralteten Systems zurückfällt. Will man uns deshalb der Heberei beschuldigen — sei's drum, wir wollen den Liebhabern starker Worte das Vergnügen nicht streben. Aber wo die Vertheidigung gegen die nationalliberale Partei liegen soll, das wären wir doch sehr begierig gerade von denjenigen zu erfahren, welche die Vertheidigung national-liberaler Mitglieder an der Barnbiller'schen Vereinigung der Zweihundert-undvier von Anfang an als etwas Hochverdienstliches gepriesen haben. — Inzwischen, lassen wir diese Inconsequenzen bei Seite und kommen wir auf das Gebiet, wo die dormalige Krise für die nationalliberale Partei allerdings eine schwere Gefahr in sich birgt, auf das rein politische Gebiet. Wir begreifen vollkommen, daß die echt nationalgefinnten Männer in Süddeutschland von der Vertheidigung der Majoritätsverhältnisse im Reichstag, von der Thronbesteigung des Centrums womöglich noch unangenehm berührt sind, als wir im Norden. Aber dies schmerzliche Gefühl entschuldigt doch bei weitem nicht die Unbilligkeit, mit welcher in süddeutschen Blättern die nationalliberale Fraction bezogen „finsterer Trübsal“ angeklagt wird, diese Situation selbst verschuldet zu haben. Beweise für diese Anklage werden nicht erbracht. Von einem gar oberflächlichen Urtheil zeugt es doch, wenn man sich immer wieder an die letzte Präsidentenwahl anklammert. Lassen wir den Streit, ob es besser gewesen wäre, statt weißen Zettel abzugeben, einen eigenen Candidaten aufzustellen; darüber aber sollte u. S. heute kein Unbefangener mehr in Zweifel sein, daß dieser Candidat nicht gewählt sein würde. An der jetzt vorhandenen Situation wäre somit nichts geändert worden. In Wirklichkeit ist ja auch diese Situation — das kann nicht oft genug betont werden — nur die logische Folge des vorjährigen Wahlergebnisses. Die „maßgebende“ Stellung, welche die nationalliberale Partei bis dahin vermöge ihrer numerischen Stärke behauptet, konnte sie nicht mehr beanspruchen; die Frage war fortan, ob sich im Reichstage eine conservativ-liberale oder eine conservativ-clericalen Majorität bilden würde. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung sprach von vornherein für die letztere Alternative. Die Sympathie der Deutschconservativen für die Centrumpartei war ebenso bekannt, wie ihre Antipathie gegen die Nationalliberalen. Das Gleiche ließ sich von den Elementen Barnbiller'scher Richtung in der Reichspartei voraussehen. Und was die Regierung betrifft, so war die beständige Beförderung der Nationalliberalen und die auffallende Schonung der Ultramontanen während des vorjährigen Wahllampfes, ferner die überaus zarte Behandlung des Centrums bei der Verathung des Socialistengesetzes Beweis genug, wie sehr man sich auf dieser Seite in den Gedanken einer Vertheidigung mit den „Reichsfeinden“ bereits eingelebt hatte. Kurz, der conservativ-clericalen Coalition stand nichts im Wege, sobald sich das Centrum dazu bereit finden ließ. Das Centrum hat sich dazu bereit finden lassen und damit ist die conservativ-clericalen Majorität zur Thatfache geworden. Wir fragen: was hätte die nationalliberale Fraction daran ändern können? — Aber die süddeutschen Kritiker gehen weiter. Sie verlangen, daß die nationalliberale Fraction jene Coalition noch jetzt zerstöre, mit anderen Worten: daß sie dem Centrum beim Reichskanzler den Rang ablaufe. Praktisch hieße das, die nationalliberale Partei zu einer „Partei Bismarck sans phrase“ machen. Wir wissen nicht, ob in Süddeutschland viele politische Männer diesem Rath beifallen wollen. Nach unserer Meinung wird die nationalliberale Partei solchen Rath niemals befolgen, so lange sie eine selbstständige politische Partei zu sein beansprucht. Sie wird, das sind wir überzeugt, dem Reichskanzler niemals ohne Noth Opposition machen, sie wird ihn, wie bisher, überall unterstützen, wo seine Ziele mit den ihrigen zusammenfallen; aber im Uebrigen wird sie alle Kraft zusammenzufassen haben, um sich den herausragenden Gefahren gegenüber zu behaupten als selbstständige und lebensfähige liberale Partei, ohne welche ein gesundes Staatsleben, vor Allem in unserm jungen Reiche, nicht denkbar ist. Das ist unsere Auffassung von der dormaligen Lage der nationalliberalen Partei. Wir können es dem allgemeinen Urtheil überlassen, zu entscheiden, wer den Daseinsgrund dieser Partei untergräbt, wir oder diejenigen, welche uns diesen anklagen.

Oesterreich.

* * Wien, 4. Juni. [Novibazar und Italien.] Unsere Officiosen haben wieder einmal zu früh die Alarmtrommel gerührt. Durch ihre übertrieben dienstfertige Schönfärberei, daß der Einmarsch in das Sandtschaf Novibazar eine namhafte Ersparnis involvire, weil jeder an den Lim vorzuschiebende Soldat drei Mann in Bosnien degagire, hatten sie die Ueberzeugung verbreitet, daß die Befestigung dieses Paschalis unmittelbar bevorstehe. Es war das um so natürlicher, als Tisza's hochfahrende Antwort an Hefly: „Conventionen werden dazu abgeschlossen, damit sie ausgeführt werden“, noch aller Welt in den Ohren klang. So wurden Truppen-Dislocationen von Serajewo nach der Romanja Planina zu, die lediglich mit den bitteren Klagen der Bevölkerung Bosniens über die Zunahme räuberischer Einbrüche und Wegelagerereien zusammenhängen, sehr begreiflicher Weise als vorbereitende Maßregeln zur Invasion Novibazars von Visehrad, Gorazda und Joca aus gedeutet. Heute demüthren nun dieselben Herrn in gewohnter überlegener Weise die, durch sie selber hervorgerufenen Muthmaßungen, die „ebenso verfrüht wie ungenau“ seien und „den Thatfachen weit vorausseilen“. Nun gar so

weil denn doch nicht! Der eine Punkt, um den es sich handelt, ist und bleibt ja doch am Ende nur, ob in der großen Parlamentsschau die Convention vom 21. April durchgeführt werden will, so daß die Volksvertretungen bei ihrer Wiedereröffnung im nächsten Herbst abermals ein fait accompli vorfinden, genau so wie im vergangenen Jahre: alles Uebrige ist und bleibt immer Nebensache. Diese Frage aber ist mit einem ganz unbedingten und unzweifelhaften Ja zu beantworten, nur will man das Publikum erst durch eine breitspürige Discussion des Themas hin und her, mit dem Gedanken an den Einmarsch vertraut machen, so daß die öffentliche Meinung, schon abgumpft, die Thatsache nachher gleichmüthiger hinnimmt, deren Vollzug übrigens auch höchstens vier Wochen auf sich warten lassen wird. Es hängt das auch noch mit einer anderen Ursache zusammen. Generalstabchef Baron Schönfeld unternimmt in diesem Augenblicke eine Inspection unserer italienischen Grenze vom Jonjo bis zur Drau, und ist dabei sowohl von seinem Stellvertreter Baron Cornaro wie von dem Chef der Operationskanzlei, Obersten von Galocz, begleitet. Diese Inspectionstour will man keinesfalls abkürzen, weil die unablässigen Truppenverschiebungen aus dem Süden und Westen nach dem Norden und Osten Italiens hier keineswegs unbemerkt geblieben sind; berechnet man doch, daß Italien gegenwärtig in Lombardo-Venetien 75,000 Mann mit 60 Batterien in festen Standquartieren concentrirt hat, während Oesterreich in Tirol, Kärnten, Krain und Istrien nur 13,000 Mann mit 12 Batterien stationiren läßt. Ehe jene drei hohen Stabsoffiziere von ihrer Inspectionstour nach Wien zurückgekehrt sind, was in etwa 14 Tagen geschehen dürfte, wird man die Verschiebung nach dem Lim keinesfalls beginnen. Denn die Militärs-Partei, auch bei Hofe, theilt keineswegs die Zuversicht, die den Grafen Andrássy, trotz seiner bitteren Erfahrungen im vorigen Sommer, nicht einen Augenblick verläßt: daß zur Befestigung von Novibazar eine Musikkapelle genügen würde — sie fürchtet im Gegentheil, daß die 5000 Mann in Kriboj, Prichof und Bjelopolsje doch, trotz des Ferman's, der jeden Widerstand gegen die Oesterreicher mit dem Tode bedroht, in eine böse Klemme gerathen könnten! Die Leitungsfäden vom Bosporus nach dem Dairinal laufen sichtlich durch das Arnauluf, und die April-Convention ist schwerlich stark genug dem elektrischen Strom zu unterbinden. Die kurzen Prozeß die Albanen mit der Autorität des Sultans machen, wo sie ihnen unbequem ist, zeigt die Rebellion eines ihrer Regimenter bei Vola. Mit der Integrität ihres Landes — und zwar nicht bloß gegen die Griechen — ist es ihnen aber bitterer Ernst. Dagegen hat Andrássy ihre Abgesandten aus Janina — Mehemet Ali Briones und Abdul Bey Phrachori — nicht einmal vorgelassen, während die beiden Herren in Rom geneigtes Gehör finden und der Sultan den Albanen ihr Territorium verbürgt.

Frankreich.

Paris, 4. Juni. [Der Streit um die Amnestirung Blanqui's. — Cassagnac's Unverschämtheit auf der Spitze. — Der Fürst von Bulgarien.] Es ist heute in der Presse wie in den politischen Kreisen nur von der gestrigen Debatte und ihren muthmaßlichen Folgen die Rede. Man fragt sich, wie die Regierung mit Blanqui verfahren wird, ob sie ihn der Wohlthat der Amnestie theilhaftig machen oder einfach begnadigen, mit anderen Worten, ob sie ihm seine politischen Rechte wiedergeben wird oder nicht. Unter den Deputirten, die sich heute zahlreich bei Anlaß der Commissionssitzungen im Palais Bourbon versammelt hatten, wußte man auf die Frage noch nicht zu antworten. Das Amtsblatt war heute stumm. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß das Ministerium selber sich über seine Absichten noch nicht klar sei und erst morgen früh im Conseil einen Entschluß fassen werden. Derselbe „Temps“ spricht sich in seinem Leitartikel sehr entschieden für die Begnadigung Blanqui's, aber sehr entschieden gegen die Amnestirung aus. Den alten und hinföhrlich ungeschicklichen Revolutionär noch länger im Gefängniß lassen zu wollen, wo er 40 Jahre seines Lebens zugebracht hat, meint das genannte Blatt, wäre eine unnütze Grausamkeit, ihm seine politischen Rechte wiedergeben, wäre eine verwerfliche Schwäche. Es muß genügen, ihn in Freiheit zu setzen, und wenn dann die Wähler von Bordeaux darauf bestehen, ihn nochmals zu wählen, so thun sie dies auf ihre eigene Gefahr, und es wird auf ihr Votum keine Rücksicht genommen werden. Die Deputirten der äußersten Linken und der republikanischen Union fassen die Sache anders auf. Sie behaupten, daß man auf jeden Fall einem Conflict zwischen dem allgemeinen Stimmrecht und der Kammer vorbeugen müsse. Sie weisen darauf hin, daß in der gestrigen Sitzung alle Redner der äußersten Linken, Clemenceau, Lockroy und Mader Montjau, der Regierung die größte Rücksicht bewiesen haben, daß keiner von ihnen sich die Miene gegeben habe, den Entschluß der Regierung irgendwie beeinflussen zu wollen. Die äußerste Linke und die republikanische Union verdienen also wohl, daß man einige Rücksicht auf sie nähme und Blanqui amnestire. Es muß sich bald zeigen, ob die Regierung dieser Meinung ist. Paul de Cassagnac rächt sich heute im „Days“ für sein gestriges Mißgeschick durch einen Artikel, worin er erklärt, daß Gambetta nicht zu präsidiren verfehle und daß er sich glücklich schätzen müsse, von ihm (Cassagnac) so gnädig behandelt worden zu sein. Außerdem bringt das „Days“ einen heftigen Brief an Gambetta, worin er sich darüber beschwert, daß aus dem Sitzungsbericht die schönsten Grobheiten herausgestrichen worden, welche er und seine Freunde an den Justizminister und die Mehrheit gerichtet haben, während die Grobheiten der Linken alle stehen geblieben. So fühlt Cassagnac seine Würde dadurch gekränkt, daß man ihm den Satz gefrischen, den er „mit klarer und schallender Stimme“ ausgesprochen: „Herr Minister, Sie sind ein Unverschämter“, und den andern, nicht minder klar und schallend ausgerufenen Satz: „Jetzt habe ich das Recht, zu sagen, daß die Republik das Resultat aller Verbrechen und Schändlichkeiten ist.“ Solche Auslassungen, droht Cassagnac, werden sich nicht ungestraft wiederholen. — Bei dem Empfang, der gestern zu Ehren des Fürsten von Bulgarien in den Salons des auswärtigen Ministeriums stattfand, ist das gesammte diplomatische Corps erschienen.

Paris, 5. Juni. [Aus den Commissionen. — Militärische Reformen. — Aus der Akademie. — Verbot der Professionen in Versailles. — Zum Aufstand in Algier. — Aus Neucaledonien.] Aus den Verhandlungen der Commissionen, welche gestern im Palais Bourbon tagten, ist einiges festzuhalten. Eine dieser Commissionen beschäftigt sich mit dem Antrage Kaisant's, den Militärdienst von 5 Jahren auf 3 Jahre zu verkürzen. Die von Kaisant gewünschte Reform ist schon vor mehreren Jahren aufs Tapet gebracht worden, ist aber wiederholt an dem Widerstand der früheren Kriegsminister gescheitert. Die Commission war also sehr befriedigt, als sie gestern von dem jetzigen Kriegsminister Gresley hörte, daß er bereit sei, auf einen Versuch einzugehen und zwar in folgender Weise. Das jetzige Jahrescontingent zerfällt bekanntlich in zwei Abtheilungen von 95,000 resp. von 45,000 Mann. Die erste Abtheilung bleibt etwa 5 Jahre bei der Fahne, die zweite, aus dem vom Loose begünstigten Recruten bestehend, dient nur ein Jahr. Der Minister schlägt nun vor, die erste Abtheilung des Con-

tingents auf 110,000 Mann zu verstärken und sie drei Jahre im Maximum bei der Fahne zu halten. Die zweite Abtheilung würde dadurch auf 30,000 Mann eingeschränkt werden und diese 30,000 will der Minister zu einem Dienste verwenden, der keine lange Ausbildung erfordert, also zum Equipagen- und Artillerie-Train, zu den Handwerkerarbeitern u. s. w. u. s. w. Hiermit in Verbindung steht auch eine Reform des einjährig-freiwilligen Dienstes. Kaisant und Andere wollen denselben als eine undemokratische Einrichtung ganz abgeschafft wissen; der Kriegsminister begnügt sich mit einer, allerdings bedeutenden Umgestaltung. Vorerst soll die bisher erforderliche Einzahlung von 1500 Fr. wegfallen. Nach Einstellung des ganzen Contingents sollen am Schluß des ersten Halbjahres die jungen Leute, die sich dazu befähigt fühlen, zu einem ersten Unteroffizier-Examen zugelassen werden. Diejenigen, welche dasselbe bestanden, sollen eine besondere Erziehung erhalten, welche sie in den Stand setzt, nach Ablauf des ersten oder zweiten Jahres ein Offizier-Examen zu machen, wie es die Offiziere der Reserve und der Territorialarmee bestanden. Gleichzeitig soll die Zahl dieser Candidaten auf 5,000 beschränkt werden, während jetzt die Zahl der einjährig-freiwilligen ungefähr 10,000 beträgt. Der Kriegsminister erbot sich schließlich, selbst den Kammern ein in diesem Sinne ausgearbeitetes Project vorzulegen. — Die Akademie hat heute wieder eine wichtige Sitzung, zu welcher alle Akademiker speciell von dem Director Jules Simon eingeladen worden sind. Wie gemeldet, hat man vor acht Tagen beschlossen, die feierliche Aufnahme Henri Martins auf sechs Monate zu verschieben in der Hoffnung, daß in dem Conflict zwischen Dillivier und Martin ein Ausgleich eintreten werde. Heute handelt es sich darum zu entscheiden, ob wirklich dieser Beschluß aufrecht zu halten sei, oder ob man einen andern als Dillivier damit beauftragen solle, auf Martins Antrittsrede zu antworten. Diese plötzliche Wendung könnte auffallend erscheinen, nachdem sich die Akademie schon vor acht Tagen bestimmt ausgesprochen hatte. Aber inzwischen ist der anmaßende Brief Dilliviers in den Blättern erschienen und mehrere Akademiker haben sich so verletzt gefühlt, daß sie auf einer nochmaligen Prüfung der Angelegenheit bestehen. Es ist möglich genug, daß man Dillivier auffordert, seine Rede für sich zu behalten und einem Anderen das Wort abzugeben. Auf jeden Fall wird Henri Martin ermächtigt werden, von jetzt an wie ein regelrecht aufgenommenen Akademiker den Sitzungen der hohen Versammlung beizuwohnen. Dillivier, heißt es, hält nicht für gerathen, in der heutigen Verhandlung zu erscheinen. — Wie in Marseille, wie in Lyon, so werden wahrscheinlich auch in Versailles die öffentlichen Professionen den Katholiken untersagt werden. Der Gemeinderath von Versailles hat wenigstens mit großer Mehrheit diese Forderung gestellt. — Der Aufstand im Departement Constantine hat in der Hauptstadt der algerischen Colonie nur geringe Aufregung hervorgerufen. Man zieht daraus hier den Schluß, daß er keine große Bedeutung haben könne. Die zu seiner Unterdrückung bestimmten Truppen, 1600 Mann mit zwei Sectionen Artillerie sind gestern Abend auf der „Entrepreneur“ in Philippeville angekommen. — Es war schon vor einiger Zeit die Rede von Besprechungen zwischen dem Marineminister und dem Gouverneur von Neu-Caledonien, Commandant Dley, die darauf abzielten, die Inselgruppen der Neuen Hebriden für Frankreich in Besitz zu nehmen. Es wird jetzt officiös bestätigt, daß der Schiffsleutnant Dupetit-Thonard Befehlshaber des Aviso „le Huron“, den Auftrag erhalten hat, die französische Fahne auf diesen Inseln aufzupflanzen. Die Sträflinge in Noumea scheinen sehr schlecht gehütet zu werden. Vor einigen Wochen sind ihrer 11 entwichen und jetzt meldet man wieder, daß 5 andere ausgebrochen sind. Dieselben sollen in Neu-Seeland angekommen sein, nicht gerade wohlbehaltend, denn sie hatten 48 Stunden ohne Nahrung verbracht. Im Elysee findet morgen ein großes Diner mit Empfang zu Ehren des Prinzen und der Prinzessin von Wales statt.

Großbritannien.

A. C. London, 4. Juni. [Zur Hebung der Schiffe „Großer Kurfürst“ und „Pommerania“.] Die ungünstige Witterung hat zeitweise die jüngst unternommenen Taucher-Arbeiten befehlige Hebung des „Großen Kurfürsten“ und der „Pommerania“ unterbrochen. Nach einer höchst gründlichen Untersuchung der Lage und Verfassung der beiden großen Schiffe ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß die verbleibenden Schwierigkeiten mit Hilfe des Leutnantsystems überwunden werden können, und daß die Schiffe, wenn das Wetter es erlaubt, binnen einem Monat sicher und unverletzt in seichtem Wasser liegen werden. Höchst erfolgreiche Fortschritte sind in der Sicherung der Centanten der „Pommerania“ gemacht worden, und man glaubt, daß binnen wenigen Wochen ihre werthvolle Ladung von den Tauchern geborgen sein wird. Ueber die Größe des Walfisches der Seite des „Großen Kurfürsten“, welchen er durch den Zusammenstoß mit dem „König Wilhelm“ erhielt, hat man sich genaue Kenntniß verschafft, und wird derselbe entweder mittelst eines der großen Pontons, der nach seiner Befestigung an geeigneter Stelle eine Luftfüllung erhält, geschloffen werden, oder durch eine große, bereits angefertigte, eiserne Platte, die an der beschädigten Schiffseite befestigt werden würde. Das thätige kleine Geschwader Herrn Leuners ist unlängst durch den Dampfer „Scherbrö“ verstärkt worden, der eine Anzahl mächtiger Dampfmaschinen und Pumpen an Bord hat, deren größte 1,600 Tonnen Wasser pro Stunde zu ziehen im Stande ist. Letzteres Fahrzeug wird bei der Hebung des „Großen Kurfürsten“ wesentliche Hilfe leisten, indem es Luft in ihn hineinsaugt, nachdem seine Seite erfolgreich luftdicht gemacht worden. Neben dem „Scherbrö“ befindet sich auch der „John Bull“, ein mächtiger Schleppdampfer, dort ferner die „Viscountess“ mit Luftpumpen und Taucher-Apparaten, drei Taucherboote, und ein anderer kleiner Dampfer, um die Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen aufrecht zu erhalten.

Amerika.

New-York, 16. Mai. [Die neueste Vetobotschaft des Präsidenten.] Präsident Hayes schreibt die hiesige „Handels-Ztg.“, hat auch die am 10. d. an ihn gelangte Separatbill, das Verbot des Handels und Verwendens von Vereinigten Staaten Truppen an den Stimmplätzen enthaltend, unter Verweigerung seiner Unterschrift an das Repräsentantenhaus zurückgelassen. Von größerer Bedeutung als das erste Veto gegen die mit dem „Reiter“ versehene Armeebill ist dieses zweite Veto des republikanischen Präsidenten gegen die Maßregel der demokratischen Congressmehrheit, und der Kühnheit oder dem Muth, welcher zu dessen Erlassung gehörte, werden selbst von den radicalen Gegnern der thatsächlichen Präsidentenschaft Lobspprüche gesendet. Von dem Muth, den die Demokratie dieser neuen Kriegserklärung gegenüber an den Tag legen wird, wird jetzt nicht nur die nächste weitere Entwicklung der Angelegenheiten abhängen, sondern es wird dies voraussichtlich auch von entscheidendem Einflusse auf den Gang der Präsidentenwahl des nächsten Jahres sein. — In der Vetobotschaft vom 12. Mai stellt sich der Präsident von Neuem auf den in der Votschaft vom 29. April angenommenen Standpunkt, daß die gegenwärtige Bill durchaus überflüssig sei, indem schon durch die bestehenden Gesetze dem von ihr beabsichtigten Zwecke hinreichend vorgehensei und wiederholt mit Nachdruck, daß auch nach seiner Meinung „jede militärische Einmischung an den Stimmplätzen dem Geiste unserer Verfassung zuwiderlaufen und zur Zerstörung der Freiheit der Wahlen führen würde“. Die Begründung für sein gegenwärtiges Veto aber findet er in dem Einwande, daß die fragliche Bill eine „Verneinung und Beeinträchtigung des allgemeinen Rechtes und der Pflicht der National-Regierung enthalte, zum Schutz und zur Ausführung der Constitution und der Gesetze der Vereinigten Staaten

an jedem Tage und an jedem Orte die Militär-Gewalt zu verwenden“. — Die Unterstüßung, welche Herr Hayes für diese seine Ansicht aus der Ausführung bekannter Präcedenzfälle aus der Geschichte des Landes zu entnehmen versucht hat, beruht offenbar auf schwachen Füßen. Die von ihm angezogenen Acte von 1792 und 1795 unter Geo. Washington, 1807 unter Thom. Jefferson, unter Andrew Jackson gegen die Süd-Carolina „Nullifier“ — 1861 unter Abraham Lincoln, hatten sämmtlich nichts mit der vorliegenden Frage des Schutzes der Stimmfreiheit gegen Bundesbayonnette zu thun, sondern es handelte sich in jenen Fällen um die Erfüllung der Pflicht der Bundesregierung zur Unterdrückung von „domestic violence“ wozu sich die den Staatsbehörden zu Gebote stehenden Mittel als unzureichend erwiesen hatten. Jene Acte waren, durch ernstliche Ruhestörungen hervorgerufen, vorübergehende Maßregeln, während es sich bei dem gegenwärtigen Conflict um die sehr bedeutende prinzipielle Frage handelt, ob der Bundesexecutive an sich das Recht zustehe solle, unter dem Vorwande der Ueberwachung der Congresswahlen an und in der Nähe von Stimmplätzen Bundesstruppen aufzustellen und resp. zu verwenden, bei etwaigen Ruhestörungen, deren Beseitigung nach der Constitution einzig und allein Sache der Local- und Staatsbehörden sein würde und bei denen jedes Einschreiten der Bundesgewalt nur auf ausdrückliches Anrufen der Legislatur oder des Gouverneurs des Staates gerechtfertigt sein würde. Von demokratischer Seite ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ein Nachgeben des Congresses in diesem Punkte um so gefährlicher für das gesammte Prinzip der Wahlfreiheit sein würde, als in den meisten Staaten die Local- und Staatswahlen zugleich mit den Nationalwahlen abgehalten werden und daher auch deren Freiheit der Gefahr ungesetzlicher Beeinflussung durch unscrupulöse Parteipolitiker ausgesetzt werden würde. — Da von einer Passirung der fraglichen Bill über das Veto bei dem Mangel einer Zweidrittel-Majorität zu diesem Zwecke keine Rede sein kann, so liegt jetzt der Demokratie die nicht leichte Aufgabe ob, über die weiter zu ergreifenden Maßregeln zu einem Schluß zu kommen.

Graf Moltke's Wanderbuch.

In diesen Tagen gelangt in Berlin zur Ausgabe: „Wanderbuch. Handschriftliche Aufzeichnungen aus dem Reisetagebuche von H. Graf Moltke (Berlin, Gebr. Bätel). „Wanderungen um Rom“, „Tagebuchblätter aus Spanien“, „Briefe aus Paris“ — so lauten die Abtheilungen des Wanderbuches.

Die Aufmerksamkeit, welche die „Briefe aus Paris“, zuerst in der „Rundschau“ erschienene Blätter, erregten, war nicht gering. Man ist, sagt der „Samm-Courier“, dem wir die weiteren Ausführungen entnehmen, immer überrascht, von einem großen Manne neue Seiten und Eigenschaften kennen zu lernen. Der Reiz, den diese Briefe ausüben, war um so größer, als sie einer Vergangenheit angehören, in welcher wir den Verfasser denselben weltgeschichtlichen Menschen und Dingen gegenüber, welche er später in tragischem Ende vernichten geholfen, eine ganz arglose, ungefährliche, beinahe bescheidene Stellung einnehmen sehen. Die Briefe führen bekanntlich aus dem Jahre 1856 her, wo der Graf, damaliger Herr v. Moltke, den jugendlichen Prinzen, jetzigen Kronprinzen von Preußen als Adjutant auf dessen Reise nach London und Paris begleitete. Während des zweimonatlichen Aufenthaltes in Paris war der Freiherr Gast in den Tuilerien. Napoleon III. und sein Hof hing eben erst an, warm zu werden in dem selbstgebeteten Königsneße und sich sicher zu fühlen. Wenn wir den Reisebegleiter seine Eindrücke, die er von der Person Napoleons und dem Pariser Hofe empfängt, so naturgetreu schildern hören, überfliegen wir in Gedanken immer die Spanne Zeit bis zum Jahre 1870 und denken an Sedan, an die Belagerung von Paris und an den Brand derselben Tuilerien, wo Moltke 1856 eine Reihe Gemächer im Pavillon Marjan bewohnte.

Die „Briefe aus Paris“ sind geschichtliche Blätter, nicht in dem Sinne der Geschichtsschreibung, wohl aber als Quelle geschichtlicher Erkenntniß. Da die Briefe schon bekannt sind, brauchen wir nicht näher auf den Inhalt einzugehen. Nur einen Accord wollen wir berühren, der aus den Briefen von 1856 in unsere heutige Empfindung ergreifend herüberlingt. Der letzte Brief ist aus Karlsruhe, 23. Decbr. Der Kronprinz und Moltke führen in kaiserlichen Salomwagen von Paris nach Straßburg. Die Reiten waren die Nacht durchgefahren. Der Schluß des Moltke'schen Reisebriefes lautet: „Ich erwachte erst in Saverne, von wo die Fahrt durch die Vogesen sehr schön ist. Es war traurig, die Leute dort deutsch sprechen zu hören und dabei sind sie gute Franzosen. Wir haben sie ja im Stich gelassen! Um 9 Uhr erblickten wir den Münster, hielten uns aber in Straßburg nicht auf, wo aller Empfang bereitet war, sondern fuhrten am 23ten von Rehl mit Specialtrain hierher nach Karlsruhe.“ — Glücklich der große Feldherr, der heute mit dem Bewußtsein, sein gutes Theil zur Auslösung der deutschen Erde und Mutterpfad beizugehen zu haben, auf jene wehmüthigen Zeiten von 1856 zurückblicken kann.

Die größere Hälfte der Wanderbuchblätter nehmen die „Wanderungen um Rom“ ein. Sie sind leider in fragmentarischem Zustande geblieben. Es hat der Hand eines sorglosen Herausgebers, als welcher sich Herr Georg von Bunsen nennt, bedurft, die fertigen Bruchstücke aus den handschriftlichen Aufzeichnungen auszuheben und an einen losen Faden zu reihen. Moltke tritt uns in diesen Blättern als gründlicher und vielseitiger Forscher entgegen: als Kartograph, Geologe, Archäologe und Geschichtsschreiber. Moltke hielt sich 1845 und 1846 in Rom auf, als Adjutant des Prinzen Heinrich von Preußen, der in dem letztgenannten Jahre dort starb. Er benutzte seine Muße zu dem Studium der berühmten und berühmten, damals wissenschaftlich beinahe unerforschten römischen Campagna. Die in den fünfziger Jahren von ihm herausgegebenen Karten über jenes geheimnißvolle Gebiet werden noch heute, seitdem die topographischen Aufnahmen fortgeschritten sind, hochgeschätzt.

Wir sehen Moltke unter dem heißen Brande der Sonne auf der einsamen, wüsten Campagna eifrigen topographischen Studien obliegen, unermüdet und selbstvergessen ist sein Fleiß. „Mit zerrissenen Kleidern und wundenen Füßen, ermattet von Hunger und Anstrengung“, kehrt er des Abends zurück, um am anderen Tage von Neuem zu beginnen. Moltke's Absicht war, zu den Karten einen Text über die Umgebung von Rom zu schreiben. Die Einleitung ist ganz ausgeführt. Wir erkennen an ihr den stillen Denker, der immer „in der Wesen Tiefe trachtet“. Um den Leser dicht an die herrliche Quelle zu bringen, welche uns das „Wanderbuch“ erschlossen hat, theilen wir hier eine längere Stelle aus jener Einleitung mit. Der Verfasser hebt mit seinem Sinne die Bedeutung hervor, welche die Kenntniß der historischen Vertikale für den Geschichtsschreiber befißt. Er schreibt:

„Die Vertikale ist das von einer längst vergangenen Begebenheit übrig gebliebene Stück Wirklichkeit. Sie ist sehr oft der fossile Knochenrest, aus dem das Gerippe der Begebenheit sich herstellen läßt, und das Bild, welches die Geschichte in halb verwischten Zügen überliefert, tritt durch sie in klarer Anschauung hervor.“

Zahltausende freilich, welche die festesten Bauten umstürzen, gehen nicht spurlos vorüber an der größten aller Ruinen, der Muttererde. Der Anbau glättet ihre Oberfläche aus, Wälder verschwinden, Wälder verjüngen und tarpejische Felsen ebnen sich zu sanfteren Hängen ab. Aber dies Alles ändert, wir möchten sagen, nur die Hautfarbe der Alma mater, ohne ihre Gesichtszüge unentworflich zu machen. Wo die Naturkräfte gewaltig mitwirken, wo Vulkane und Erdbeben, Ueberfluthungen und Versumpfungen in geschichtlicher Zeit den Boden umwandeln, da geschah es doch nur auf beschränktem und wohlbestimmtem Gebiet.

Von vielen Gegenben darf man aber behaupten, daß sie seit Jahrtausenden wirklich unverändert geblieben sind. Das Meer in der steten Wandelbarkeit seiner Bogen stellt sich uns in derselben großartigen Einfachheit dar, wie einst den Argonauten. Der Beduine trinkt seine Kasse und Rasmele noch an den nämlichen Quellen und weidet seine Herden auf den selben grünen Flächen, wie Abraham und Mahomed. Die mit Basaltstrümmern überschatteten Ebenen am mittleren Suphrat bieten dem heutigen Wanderer eben den trübsamen Anblick dar, wie den Grenzvätern des römischen Reichs, und viele der Thäler um Jerusalem zeigen sich unserem Blick gewiß gerade so, wie sie dem Erlöser erschienen, als er noch auf Erden wandelte.

Und so ertheilen wieder die Begebenheiten den Orten ihre Weiße. Daher der Zauber, der im bloßen Namen liegt. Der verdorbene Sägel von Bunar-baschi und das talle Sandufer von Rumaleh würden den Blick des Besuchers nicht lange fesseln, müßte er nicht, daß dort Pergamos seine Zinnen erhebt, hier die Schiffe der Agäer auf den Sand gezogen lagen.

Selbst dann, wenn die Fortführung eine Ueberlieferung nur noch als Fabel bestehen läßt, bezieht sich diese doch meist auf eine ganz bestimmte Dertlichkeit, welche der ursprüngliche Erzähler im Auge hatte. Ob je die Griechen Kios bestürmten, mag ungewiss sein; aber unweifelhaft ist, daß der blinde Sänger die Gegend östlich der Dardanellen-Mündung ganz genau kannte. Romulus selbst und Hercules mögen immerhin bloße Mythen sein; aber was von ihnen gebichtet wurde, ist wirklich, soweit es sich auf den Schauplatz ihrer Thaten bezieht. Eine Erzählung kann geschichtlich unwahr und örtlich vollkommen genau sein.

Wichtig für die kritische Beurtheilung ist, daß eine genaue Kenntniß der Dertlichkeit die phantastischen Gebilde der Ueberlieferung auf ihren wahren Maßstab zurückführt. So ist die ältere römische Geschichte offenbar eine durch vaterländische Begeisterung ausgeschmückte Fabel. Mancher Heereszug mit Siegen und Trophäen erscheint nur noch als die Kaufereien der Aderbürger zweier Landstädte, deren Feldmarien aneinander grenzten, wenn wir den engen Raum auf den Hügel von Antenna und Fidenä betrachten und die Entfernung einer halben Wegstunde bedenken, die sie vom palatinischen Hügel trennt. Wer wird deshalb die schönen Schilderungen Plutarch's und Livius' weniger anziehend finden? Auch die Sage knüpft sich an die Wirklichkeit, sie wurzelt in ihr, und die beiden Geistesrichtungen, der Dürst nach Wahrheit und die Lust am Trug, schließen sich gegenseitig nicht aus. Die Aufgabe, welche wir uns stellen, wird nicht sein, die Fabel von der Wirklichkeit zu scheiden, sondern beide mit derjenigen Dertlichkeit zu verbinden, auf welche sie sich jedes Mal beziehen.

An die Wanderungen aus Rom schließen sich die „Tagebuchblätter aus Spanien“ unmittelbar, auch der Zeit nach, an. Moltke's Aufenthalt in Rom nahm mit dem Tode des Prinzen Heinrich ein plötzliches Ende; als sein Adjutant blieb ihm nur die Pflicht, den Leichnam nach Deutschland zu geleiten. Während aber die prinzipielle Leiche zu Schiff vom Gibraltar und Europa herum nach Hamburg fuhr, schlug Moltke den kürzeren Ueberlandweg ein. Die Reise ging ziemlich flüchtig von Cadix über Sevilla, Cordoba nach Madrid und über die Pyrenäen. Und da er in Hamburg frühzeitig ankam und noch ein paar Wochen auf das Schiff mit dem Prinzen warten mußte, benutzte er die nothgedrungene Muße zur Aufzeichnung seiner spanischen Reise. In diesen Notizen erhalten wir von Neuem einen Beweis von der staunenswerthen Fähigkeit Moltke's, jeden Augenblick des Lebens voll zu verwerthen, und der Virtuosität, welche der mit so vielseitiger Ausbildung ausgestattete Mann im raschen Erfassen aller Eigenthümlichkeiten von Land und Leuten sich angeeignet hatte.

Die lebenswichtigen und heiteren Seiten des Mannes, der uns sonst als schweigsamer, ernster Charakter entgegentritt, kommen in den Blättern des Wanderbuchs in gewinnendster Form zum Vorschein.

Provincial-Beitung.

Breslau, 6. Juni. [Stolze'scher Stenographen-Verein.] Der Stolze'sche Stenographen-Verein hielt gestern Abend im Hotel de Saxe seine Monats-General-Versammlung unter zahlreicher Theilnahme seiner Mitglieder ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Debatte und endgiltige Beschlußfassung in der bereits in letzter Versammlung angeregten Frage, ob die Breslauer stenographischen Blätter eingehen sollen oder nicht. Nach längerer Beratung wurde man dahin einig, die Blätter nur noch bis zum 1. Januar 1880 bestehen zu lassen. Nach Erlebigung dieser Angelegenheit forderte der Vorsitzende zu zahlreicher Theilnahme an der am 14. d. M., Abends 9 Uhr, in Freiburg stattfindenden Bundesversammlung auf, an die sich am Sonntag, den 15., die Feier des Stiftungsfestes des hiesigen Stenographen-Vereins schließen wird. Eine Aufforderung des Hauptauschusses der Stolze'schen Verbände in Magdeburg zu einer Central-Festung eines Beitrags von jedem Mitgliede zu erheben, wurde zur Besprechung für die Bundesversammlung vertagt. Auf derselben wird auch die durch das Eingehen der stenographischen Blätter nothwendig gewordene Statuten-änderung berathschlagt werden.

[Ernennungen.] Zu Landgerichts-Räthen wurden von Mitgliedern hiesiger Gerichte bereits ernannt: A. vom Stadt-Gericht: 1) Heper, 2) Krausfeldt, 3) Dehmann, 4) von Kantsz, 5) Fromhold, 6) Gade, 7) Siegert, 8) Kern L., 9) Krug, 10) Lindheim, 11) Spiesky, 12) Jarnikow. B. vom Kreis-Gericht: 1) Giersberg, 2) Gomille, 3) Kuhn. Außerdem sollen, wie man vernimmt, an das Landgericht berufen sein: der hiesige Appellations-Gerichtsrath Liba und mehrere Kreis-Gerichts-Directoren aus der Provinz.

— d. [Studenten-Versammlung.] Gestern Nachmittag fand in der Aula Leopoldina auf Einladung des Senioren-Convents eine allgemeine Studenten-Versammlung statt, die von etwa 200 Studenten besucht war. Gegenstand der Verabreichung war die Abhaltung eines allgemeinen Studenten-Commerces anlässlich der Feier des goldenen Jubel-Jubiläums des Kaisers und der Kaiserin. Man einigte sich schnell dahin, einen allgemeinen Commers abzuhalten, dem sich anzuschließen allen Corporationen und der übrigen Studentenschaft die erwünschte Gelegenheit gegeben werden soll. — An die Professoren sollen Einladungen zur Theilnahme an dem Commers ergehen. Die Vorbereitungen wurden einem Comité, das aus 9 Mitgliedern besteht, übertragen. Das Comité soll bestehen aus je 2 Vertretern des Senioren-Convents, des Delegirten-Convents, des Verbandes der wissenschaftlichen Vereine, aus je 1 Vertreter der Winifrida, des akademischen Turnvereins und der allgemeinen Studentenschaft. Der Vertreter der letzteren wurde sofort in der Person des stud. Starke, Mitglied der katholischen Verbindung „Unitas“, gewählt. Die Wahl der übrigen Comitémitglieder wurde den betreffenden Corporationen überlassen. Morgen Vormittag, 11 Uhr, tritt bereits das Comité im Café Wisnarski zu weiterer Verabreichung zusammen.

* [Kinderheim.] Zur Vorfeier der kaiserlichen Jubelhochzeit und zum Besten des dafür begründeten „Kinderheim“ findet am 10. d. Mts. in den schönen Gartenräumen des Breslauer Concerthauses (früher Springer'scher Garten) ein großes Concert statt, dem am Abend Brillant-Illumination und Feuerwerk folgt. Billets sind à 40 Pf. an den Verkaufsstellen bereits von Sonntag ab zu haben. An der Kasse erhöht sich der Preis auf 50 Pf. Das Comité für die Errichtung eines Kinderheims darf wohl hoffen, daß zahlreichster Besuch dem schönen Zwecke weitere erwünschte Geldmittel zuführen wird.

— [Bezüglich der Vollstreckbarkeit polizeilicher Executivstrafen.] hat das Ober-Verwaltungsgericht in einem zu seiner Entscheidung gelangten Specialfalle den wichtigen Grundsatz ausgesprochen, daß polizeiliche Executivstrafen, wenn auch deren Festsetzung davon abhängig ist, daß die zu erzwingende Handlung noch gegeben kann, doch nach erfolgter rechtskräftiger Festsetzung auch dann vollstreckbar sind, wenn nach derselben die Vornahme der geforderten Handlung unmöglich wurde, und daß ferner in dem Verfahren über die Umwandlung der wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen festgesetzten Zwangsgeldstrafen in Haft, Einwendungen gegen die Zulässigkeit einer polizeilichen Anordnung und deren rechtliche Begründung nicht mehr zulässig sind. — Dieser Entscheidung liegt nachstehendes Sachverhältnis zu Grunde: Ein Polizeiverwalter hatte gegen ein Mädchen, welche sich als Dienstmädchenvermittlerin, den Dienst aber unter der Zeit verlassen hatte, behufs Erzwingung der Fortsetzung des Dienstes nach vorgängiger Androhung zweimal Executivstrafen festgesetzt. Da die Execution fruchtlos ausgefallen war, beantragte der Polizeiverwalter beim Kreis-Ausschusse die Umwandlung der Geldstrafen in Haft, und letzterer entsprach diesem Antrage, indem er eine Haftstrafe von 14 Tagen substituirte. Die Beklagte legte Berufung ein und rechtfertigte diese damit, daß sie zum Verlassen des Dienstes verschiedene geistliche Gründe gehabt habe. — Während das Bezirks-Verwaltungsgericht darauf den Strafwandlungsantrag zurückwies, weil die contractliche Dienstzeit der Beklagten inzwischen abgelaufen sei und die Dienstverpflichtung kein Recht mehr auf die Dienstleistungen der letzteren habe, mithin auch von einer Fortsetzung des Dienstverhältnisses und resp. von einer Erzwingung der Fortsetzung desselben keine Rede mehr sein könne, hat das Ober-Verwaltungsgericht, indem es der Ausführung des Vorderrichters nicht beipflichtet, die Entscheidung des Kreis-Ausschusses wieder hergestellt. Dabei hat es den oben angeführten Grundsatz ausdrücklich und motivirt sein Urteil des Näheren folgendermaßen: Der Grund, weshalb eine bloß angeordnete Executivstrafe nicht mehr zur Festsetzung gelangen könne, sobald die zu erzwingende Handlung unmöglich ist, besteht darin, daß der alleinige Zweck der Androhung in der Verbeugung der Handlung liegt, dieser Zweck aber in dem gedachten Zeitpunkt überhaupt nicht mehr erreicht werden könne. Die Festsetzung der Executivstrafe aber habe neben der Absicht, den Willen des Widerpärtigen zu brechen, auch noch die Bedeutung einer Vollstreckbarkeits-Erklärung der wegen der bisherigen Weigerung bereits verwirkten Strafe, und in dem Wesen einer solchen Vollstreckbarkeits-Erklärung liege es, daß dieselbe nicht dadurch hinfällig werden kann, daß nachträglich die Vornahme der zu erzwingenden Handlung unmöglich wurde. Es würden sonst gerade diejenigen, welche es verstehen, die Vollstreckung der gegen sie festgesetzten Executivstrafen durch allerlei Aus-

flüchte in die Länge zu ziehen, einen Lohn für ihr gescheitertes Verhalten darin finden, daß inzwischen häufig durch den Zeitablauf die Vornahme der von ihnen verlangten Handlung unmöglich geworden sein wird. Da dies nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben könne, so müsse es für zulässig anzusehen sein, Executivstrafen auch dann noch zur Vollstreckung zu bringen, wenn nach ihrer rechtskräftigen Festsetzung die Unmöglichkeit, die Handlung selbst zu erzwingen, eintrat. Die die rechtliche Unzulässigkeit der Executivstrafe an sich betreffenden Einwände der Beklagten erschienen verspätet, weil das gegenwärtige Verfahren über die Umwandlung der entgeltlich festgesetzten Geldstrafe in Haft nach § 82 der Kreisordnung vom 13. December 1872 einen eigenen Prozeß mit neuem Gehör und eigenen Rechtsmitteln bilde.

— r. [Mittheilungen des Kaiserlich deutschen Gesundheitsamtes.] Woche vom 18. bis 24. Mai. Während der Berichtswache unterlag die Windrichtung wiederholtlichem Wechsel, so daß an einzelnen Beobachtungsstationen nicht selten an einem Tage die östliche Hälfte der Windrose Nord-Ost-Süd vor- und rückwärts durchwandert wurde. Während sich bei dem Beginn der Woche an den östlichen Stationen mehr südöstliche Luftströmungen geltend machten, herrschten an mitteldeutschen nordöstlichen, in München westliche, in Karlsruhe südliche Winrichtungen vor, die im Laufe der Woche nach Süd- und Nordost, in Köln nach Südwest umgingen. In der zweiten Wochenhälfte gewannen an mittel- und süddeutschen Stationen südwestliche, in Königs, Breslau und Karlsruhe nordöstliche Luftströmungen die Oberhand, die erst am Wochenschluß an den meisten Beobachtungsstellen in Nordost und Nordwest, in Karlsruhe in Südwest umgingen. Die Temperatur der Luft war im Allgemeinen eine höhere, dem Monatsmittel entsprechend. Die relative Feuchtigkeit der Luft war eine nur mäßig hohe. Das Sättigungsmagnum wurde an keiner Station erreicht. Niederschläge waren nicht selten, doch meist in nicht ergiebigem Maße. In Königs, Breslau, München, Karlsruhe entluden sich in der zweiten Wochenhälfte schwache Gewitter, ohne bedeutendere Niederschläge im Gefolge zu haben. Der reichlichste Regen fiel in Breslau und München (je 9,3 Par. Linien), der spärlichste in Heilgenstadt (0,04 Par. Linien). — Von 7,537,346 Bewohnern deutscher Städte starben während der Berichtswache 4211, welche Zahl auf 1000 Bewohner und auf das Jahr berechnet, einem Verhältnisse von 29,1 entspricht gegen 28,4 der vorangegangenen Woche. In der entsprechenden Woche des Jahres 1878 entfielen auf 7,397,163 Einwohner 3932 Sterbefälle = 27,6 pro Mille. — Die Zahl der Lebendgeborenen der vorangegangenen Woche betrug 5505, so daß sich ein natürlicher Zuwachs von 1294 Personen ergibt. Die Gesamtmortalität hat im Vergleich zur Vorwoche zugenommen und zwar in den meisten Städtegruppen; abgenommen hat sie nur in den Städten an der Ost- und Nordsee sowie in der niederrheinischen Niederung. Die Städte unter 40,000 Einwohner zeigten an der Ost- und Nordsee, im Oder- und Warthegebiet und im süddeutschen Hochlande ein günstigeres Verhältniß als die stärker bevölkerten, in den übrigen Gruppen war das Verhalten ein ungelegentliches. Obgleich die Sterblichkeit des Säuglingsalters in den meisten Städtegruppen ab- und nur im mitteldeutschen Gebirgs-, im sächsisch-märkischen Tieflande und in der oberheinischen Niederung zugenommen hat, erscheint die Gesamtmortalität dieser Altersklasse durch die auffallende Steigerung der Säuglingssterblichkeit in der oberheinischen Niederung (um 21,6 pro Mille) und im mitteldeutschen Gebirgslande (um 13,5 pro Mille) etwas erhöht. Auch in München stieg die Zahl der gestorbenen Kinder unter 1 Jahr von 68 der Vorwoche auf 88. — Die Sterblichkeit der höheren Altersklassen (über 60 Jahre) war gleichfalls eine vermehrte. — In unserer Oder- und Warthegegend kommen auf 10,000 Lebende 107,1 Todesfälle von Kindern im ersten Lebensjahre und 46,3 von Personen im Alter von über 60 Jahren. — Unter den Todesursachen haben von den Infectionskrankheiten namentlich die diphtheritischen Affectionen wieder größere Verbreitung gefunden, auch Masern und typhöse Fieber wurden häufiger, Scharlachfieber, Keuchhusten und Darmkatarrhe der Kinder seltener beobachtet. Masern herrschen in Hamburg, Crefeld, Straßburg, Karlsruhe in größerer Ausdehnung. Das Scharlachfieber tritt in Hamburg häufiger auf. Diphtheritische Affectionen erscheinen besonders in den Städten des sächsisch-märkischen Tieflandes, namentlich in Berlin in vermehrter Zahl. In größerer Zahl endeten sie auch in Danzig, München, Dresden, Erfurt, Leipzig, Hamburg, Glatz, Glogau. Die Gesamtzahl der daran in deutschen Städten Gestorbenen stieg auf 146 von 102 der Vorwoche. — Todesfälle an Unterleibstypus stiegen in München auf 13. Flecktyphus-Todesfälle waren in Berlin vermehrt (7), aus Thorn, Breslau, Neudorf, Königsbühl wurde je 1 Todesfall daran gemeldet. In die Hospitäl gelangten in Berlin 7, in Breslau 4 neue Erkrankungen zur Aufnahme. Dem Rückfalltypus erlag in Breslau und Danzig je eine Person. Neuerkrankungen kamen daran in Berlin und Hannover je 4, in Hamburg 5 vor; in den beiden letztgenannten Städten ist die Krankheit nachweislich von auswärts eingeschleppt worden. Todesfälle an Darmkatarrhen und Brechdurchfällen der Kinder wurden im Allgemeinen, auch in München, ein wenig seltener, vermehrt erschienen sie in Augsburg und in einigen Fabrikorten des mitteldeutschen Gebirgslandes. Der Keuchhusten hat in Köln nachgelassen; Schlägflüsse und acute Entzündungen der Athmungsorgane erlitten eine nicht unerhebliche Steigerung der Zahl der Todesfälle, während Lungenphthisen seltener zum Tode führten. — In unserer Oder- und Warthegegend war die Gesamtmortalität verhältnismäßig am größten in Breslau, wo auf je 1000 Bewohner und auf das Jahr berechnet, 35,1 Personen starben. Dann folgt Posen mit 34,6 und schließlich Liegnitz, Bromberg, Königsbühl, Landsberg a. W., Schweidnitz, Neudorf D.-S., Reisse, Groß-Glogau, Ratibor und Brieg mit 27,7. Verhältnismäßig größer, als in Breslau, war die Sterblichkeit in München mit 47,7. Verhältnismäßig geringer, als in Breslau, war die Sterblichkeit in Frankfurt a. M. mit 20,9, Königsberg und Dresden mit 24,7, Berlin mit 26,1, Köln mit 30,1 und Hamburg mit 32. In Wien erreichte die Sterblichkeitsziffer die Höhe von 32,2, in Paris von 24,8 und in London von 21,6. Ueberhaupt war die Sterblichkeit im Auslande verhältnismäßig am größten in Budapest mit 51,4, und am geringsten in St.-Louis mit 8,8, auf je 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet.

X. Neumarkt, 6. Juni. [Beamten-Rückigungen. — Stand der Feldfrüchte. — Feier des 11. Juni.] Gestern erfolgte hier in Folge der bevorstehenden Justiz-Reorganisation die Rückigung des Dienstes an vier Bureau-Dictatoren, darunter einer mit nahezu 15jähriger Dienstzeit, und 10 Kanzleibeamte, wovon einer beinahe eine ebenso lange und ein Anderer eine Dienstzeit von über 25 Jahren aufzuweisen hat. — Der Stand der Feldfrüchte ist auf unseren Fluren ein guter, nur hat der vorgetrigte große Regenguß die Kornhalme stellenweise umgelegt. Die emporstehenden Kartoffelpflanzen berechnen zu den besten Hoffnungen. — Zur goldenen Hochzeitsfeier unseres Kaiserpaars findet ein mit königsschließenden verbundener Auszug sämtlicher Bürger-Corporationen statt.

J. P. Aus der Grafschaft Glas, 5. Juni. [Ober-Erschlag. — Stutenschau. — Gewitterschaden.] Das diesjährige Ober-Erschlag-Geschäft wird für den Kreis Neumarkt am 25. d. M., für den Kreis Glas den 27. und 28. d. M., und für den Kreis Habelschwerdt am 30. Juni und 1. Juli abgehalten werden. — Dienstag, den 24. d. M., Nachmittags 2 Uhr, wird die „patriotisch-ökonomische Gesellschaft der Grafschaft Glas“ auf dem Holzplan zu Glas eine Stutenschau abhalten, bei welcher geförte Senfte, Stutenföhlen, drei- bis sechsjährige gedeckte Stuten und ein- bis vierjährige Stutenföhlen von der königl. Ministerium der Landwirtschaft zc. bestimmten Ehrenpreise (Medaillen) und Geldprämien concurren können. Im Kreise Neumarkt soll eine Stutenschau schon den Tag vorher — Montag, den 23. d. M. — stattfinden, doch sind Ort und Stunde noch nicht bekannt gemacht. — Am ersten und zweiten Pfingsttage zogen wieder Gewitter mit Schloßen und heftigen Regengüssen durch die Grafschaft, welche an einigen Orten, namentlich in und um Gabersdorf bedeutenden Schaden anrichteten.

* Frankenstein, 4. Juni. [Geisteskranker. — Feiertage. — Pfingstschiefen. — Aufgefundenes Leiche.] Gestern früh um 6 Uhr gelang es einem geisteskranken Inquilin des städtischen Krankenhauses in halbangelebtem Zustande ins Freie zu gelangen, derselbe wurde indeß, nachdem es ihm mit großer Schaulust gelungen war, sich einige Zeit den Blicken seiner Verfolger zu entziehen, ganz durchkäst aufgefunden und in seinen Detentionsort zurückgebracht. — Der erste Feiertag wurde durch das Wetter gänzlich verdorben, während der zweite und dritte in dieser Beziehung besser bedacht waren. Der zweite Feiertag wurde denn auch vom Publikum zu allerhand Ausflügen in die Nähe und Ferne stark benutzt. Die hiesige Schiefen-Gilde hielt an den letztgenannten beiden Tagen ihr Pfingstschiefen ab. Zuerst wurde Montag der vorjährige König, Goldarbeiter Steiner und der sog. Frankenkönig, Destillateur Konzky, von ihren Wohnungen mit Musik abgeholt, worauf der Ausmarsch nach dem Schiefenhaus erfolgte, und das Schiefen seinen Anfang nahm. Diesmal erlangte der Sattlermeister Schwarzer die erste Königswürde und der Conditor Köhner wurde „Frankenkönig“. An beiden Tagen wogte auf dem Schiefenplatze eine große Menschenmenge auf und ab und belustigte sich in üblicher Weise. Morgen Donnerstag, veranstaltet die Schiefen-Gilde im Schiefenhaus ein Diner nebst Ball, zu welchem zahlreiche Einladungen ergangen sind. — Mitte vorigen Monats ist auf der Feldmark des Dorfes Grodowitz, Kreis

Frankenstein, die Leiche eines unbekannten Mannes, welcher mittelst eines Strides an einer Erle erhängt war und dessen Identität bisher noch nicht ermittelt werden konnte, aufgefunden worden. Die Leiche war die eines Mannes in der Mitte der fünfziger Jahre, von kräftigem Körperbau mit graumeliertem Kopfhaar und Badenbart. Der Verstorbenen trug eine feine Steppmütze, einen blauen Tuchrock mit Hornknöpfen, eine schwarzgraue Buckstunne, ebensolche Hosen, ein halbeschwarzes, grau- und weißgestreiftes Halsstuch und ein Paar langschäftige Stiefeln.

D-1. Brieg, 5. Juni. [Richter-Ernennungen. — Feier des kaiserlichen Hochzeits-Jubiläums. — Oper.] Für das hiesige Landgericht sind ernannt: Präsident Dechen, bisher Präsident des Stadtgerichts zu Breslau. Ferner die Räte: Albert, bisher Kreisgerichts-Director in Jüterbog; Schwarz, bisher Dirigent der Gerichts-Deputation in Rimpfisch; Kirchner, bisher Gerichtsrath hier selbst; Zuder, bisher Gerichtsrath in Streßen; Ritter, bisher Gerichtsrath in Neumarkt; Janske, bisher Staatsanwalts-Gefelle in Stargard; erster Staatsanwalt Hedemann, bisher Staatsanwalt hier selbst; zweiter Staatsanwalt Gelinek, bisher Staatsanwalt in Streßen. Zu Amtsrathen in Löwen sind beige mit die Gerichtsräte Methner und Friedrich in Oplau. Kreisrichter Feige von hier ist zum Amtsrichter in Bernsdorf designirt. Von auswärtigen Rechtsanwälden ist bis jetzt Rechtsanwalt Blümmner in Münsterberg zum Anwalt am hiesigen Landgericht ernannt. — Zur Feier der goldenen Hochzeit unseres Kaiserpaars wird am 11. Juni im Saale des Schauspielhauses ein Diner stattfinden. — In nächster Woche wird das Opernpersonal des Breslauer Stadttheaters hier die Opern: „Die weiße Frau“ und „Martha“ zur Aufführung bringen.

© Constat, 6. Juni. [Amtsgericht. — Theater. — Feier. — Gesangsverein.] Der Bau des neuen Amtsgerichts schreitet rüstig fort. Die Bahnhofstraße erhält durch diesen, wie durch den Neubau des Hauses des Schmiedemeisters Jentschura auf derselben Straße eine bedeutende Verschönerung. — Seit 14 Tagen gab die Theater-Gesellschaft Lehmann hier selbst Vorstellungen. Dieselben waren stets zahlreich besucht. — Die Feier der goldenen Hochzeit unseres Kaiserpaars wird durch Kirchen- und Schulfestlich begangen. — Der hiesige Kriegerverein hält am 8. d. Mts. eine Generalversammlung, behufs Veranlassung einer Festlichkeit am 11ten Juni ab. — Nächste Woche gedenkt der hierorts bestehende Männergesangsverein seinen alljährlichen Ausflug zu machen. Als Vergnügungsort ist das Waldhaus in Poln-Wärbiz im Auge gefaßt.

© Gleiwitz, 5. Juni. [Schützenfest. — Feuerwehr. — Verunglückte.] Bei dem diesjährigen Pfingstschiefen erhielten die höchsten Preise Herr Klempnermeister Foltis als König, Herr Zimmermeister Kugora als erster und Herr Fabrikbesitzer Kreizel als zweiter Ritter. — Die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft hat in Anerkennung der Dienstleistungen bei dem Brande der Walzmühle in Abzwe der hiesigen freiwilligen Feuerwehr eine Prämie von 90 M. gewährt. — Der aus dem Fenster gestürzte Amtsdienster Franz ist leider seinen schweren Verletzungen erlegen.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

k. Rawitsch, 6. Juni. [Fortbildungsschule. — Einstellung von Reserve- und Landwehr. — Aushebung. — Korkkrankheit.] Seit zwei Jahren ist in der hiesigen Fortbildungsschule mit Genehmigung der königlichen Regierung die Einrichtung getroffen worden, daß der Unterricht in den Monaten Juni, Juli und August ausfällt. Dies ist mit Rücksicht darauf geschehen, daß in dieser Zeit die herrschende Hitze und die Ermattung der Lehrlinge von ihrer Verrichtung doch ein angestrengtes geistiges Arbeiten in den Abendstunden problematisch machen; auch wollte man damit solchen Meistern, wie z. B. Fleischern, Malern, Maurern u. s. w., deren Lehrlinge oft auswärts beschäftigt sind, entgegenkommen. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt. Die Erfolge des Unterrichtes sind dadurch nicht berührt worden, und der Schulbesuch begann jedesmal im September mit einer anerkennenden Regelmäßigkeit, die bis zum Beginn dieser großen Ferien anhielt. — Den dritten Feiertag sind hier 800 Mann des 1. Bataillons 59. Landwehr-Regiments zu einer 12tägigen Uebung einberufen worden. Den Tag darauf trafen zu demselben Zwecke die Reserve des 50. Infanterie-Regiments hier ein. — Den 11., 13. und 14. d. Mts. findet im hiesigen Bezirk die Aushebung der im künftigen Herbst einzustellenden Mannschaften statt. — Unter den Pferden des Dominiums Bartoschewitz bei Zutrositz ist die Korkkrankheit ausgebrochen; zwei Pferde sind bereits getödtet und die übrigen unter polizeiliche Beobachtung gestellt.

Handel, Industrie zc.

Berlin, 6. Juni. [Börse.] Die Börse bewegte sich heute in schwankender Haltung, und wenn zeitweise auch eine festere Stimmung Platz griff, so machte dieselbe stets bald wieder einer Abschwächung Platz. Es war wohl zu erkennen, daß in den leitenden Kreisen das Haus-Interesse noch keineswegs erloschen ist, indeß es fehlte im Allgemeinen an der Lust, sich an neuen Unternehmungen zu betheiligen. Anfanglich zeigten sich die von den gestrigen Abendbörsen vorliegenden besseren Notierungen geltend, so daß die nach Schluß der gestrigen Notierungen eingetretenen Coursrückgänge Ausgleichung finden konnten. Zu den gestiegenen Coursen kamen aber nur unbedeutendere Umsätze zur Ausführung, und da man andererseits auch zu Realisationen geneigt war, so mehrte sich zwar das Angebot, nahm indeß in keinem Falle einen dringlicheren Charakter an. Dester. Creditactien hielten sich unter Schwankungen, von einer Spannweite von ca. 2 M. auf gleichem Coursniveau. Für Franzosen war dagegen die bisherige günstige Stimmung geschwunden und erlitten dieselben einen starken Rückgang, während Lombarden stiller und fast unverändert blieben. In den Dester. Nebenbahnen gewann das Geschäft nur geringfügige Ausdehnung, die Stimmung zeigte sich indeß bester und entwickelte sich für einzelne Werthe auch einige Kauflust. In dieser Hinsicht zeichneten sich besonders die Actien der Aufz.-Leipziger Bahn aus. Galizier behaupteten sich in fester Haltung. Sehr schwach war der geschäftliche Verkehr in den localen Speculations-Effekten. Disconto-Commandit-Antheile konnten etwas anziehen. Lauras Actien blieben unverändert. Trotzdem die auswärtigen Staatsanleihen im Allgemeinen das Coursniveau herabsenkten, so herrschte auf diesem Gebiete doch eine recht feste Tendenz und zu den herabgesetzten Notierungen zeigte sich Kauflust. Italiener behaupteten sich in guter Festigkeit. Russ. Werthe waren meist unverändert. Russ. Noten matt bei stillem Geschäft, per ult. 199 1/2 — 99 1/2 — 199 (Vorräume 202 1/2), per Juli 200 — 200 1/2 — 199 1/2 (Vorräume 203 1/2). Preussische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Auch Eisenbahnprioritäten blieben bei fester Haltung mäßig belebt. Auf dem Eisenbahnmärkte entwickelte der Verkehr ein etwas regeres Leben und mischten sich mit den zur Ausführung kommenden Realisationen auch schon wieder Neukäufe. Per ultimo notiren: Köln-Mindener 132,75 — 130,50, Rheinische 128 — 129 — 126,25 — 127, Vergische 91,50 — 90 — 90,75. Potsdamer waren lebhaft steigend. Stettiner und Halberstädter ebenfalls beliebt. Anhalter weniger fest. Thüringer besserten die Notierungen. Oberschlesische matter. Von leichten Bahnen waren Werrabahn und Dresdener in regem Verkehr. Rumänen setzten etwas schwächer ein, besserten dann jedoch die Haltung. Banatien waren wenig fest, haben aber auch nur sehr geringfügige Coursveränderungen aufzuweisen. Zu den beliebtesten Devisen zählen Deutsche Bank, Darmstädter Bank, Meiningen Bank, Spielhagen und Preussische Bodencredit. Industriepapiere theilweisen sich nur wenig am Verkehr. Große Pferdebahn fand bessere Beachtung, auch in Braueractien fand ein ziemlich lebhafter Umsatz statt. Oberschlesische Eisenbahnbedarf beliebt. Montanwerthe blieben wiederum vernachlässigt und erfuhren demzufolge auch nur belanglose Coursveränderungen.

Am 2 1/2 Uhr: Matt. — Credit 462 —, Lombarden 140 —, Franzosen 482,50, Reichsbank —, Disconto-Commandit 153 —, Lauras 72,75, Türken 11,80, Italiener 80,87, Dester. Goldrente 69,25, Ungarische Goldrente 82 —, Dester. Silberrente 61,25, do. Papierrente 59,25, 5% Russen 88 —, Köln-Mindener 130,75, Rheinische 126,50, Preussische 90,50, Rumänen 31,75, Russische Noten 199 —, Marienburger-Mawla-Prioritäten —, Old. —, Coup. d. 8. (Course nur für Posten.) Desterreich. Silberrent. — Sp. 174,60 bez., do. Eisenbahn-Coupon 174,60 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. L. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,1625 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,1625 bez., do. Papier-Dollars 4,1625 bez., 6% New-York-City —, bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und berl. min. 75 Pf. L. Bet., Poln. Papier u. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cons. berl. —, bez., Russ. Ball 20,60 bez., 2% Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. —, bez., Rum. Div.-Sch. per 78 5 —, bez., Warschau-Zerspol —, bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diderich in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Str.-Obligat. 20,36 bez.

Triest, 6. Juni. Der Lloydampfer „Venus“ ist gestern Abend aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Wechsel-Course

Ausweise.		
Petersburg, 6. Juni. [Ausweise der Reichsbank] vom 2. Juni n. St.*)		
Creditbill. im Umlauf	716,515,125 Rbl.	unverändert.
Notenemission für Rechnung der Succursl.	414,200,000 Rbl.	Jun. 2,550,000 Rbl.
Vorschüsse der Bank an die Staats-Regierung	475,358,082 Rbl.	Jun. 12,281,487 Rbl.
*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 26. Mai.		

Brüssel, 6. Juni. In der Repräsentantenkammer wurde heute der Gesetzentwurf über den Unterricht in der Volksschule mit 67 gegen 60 Stimmen angenommen.

Specialite.
Verlobungs-u. Hochzeits-Anzeigen
 (und andere Familien-Anzeigen).
Visiten- u. Adress-Karten.
Graveur-Arbeit. (Siegel, Stempel)
Ehren-Bürger-Briefe.
Ehren-Mitgl. Diplome f. Vereine.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Herausgegeben von Dr. Carl Arends. (Wien, Hartleben.) Das neunte Heft dieser neuen geographischen Zeitschrift bringt nebst 9 Abbildungen und einer Karte folgende interessante Artikel: Melbourne. Von Richard Vörländer. — Zur Geschichte der Kartographie. Von Fr. R. v. Le Monnier. (Mit 1 Plastr.) — Das Hofemite-Thal im Staate Californien. (Mit 2 Plastr.) — Ein Reisebrief von Madeira. Von Gustav Pauli. (Mit 2 Plastr.) — Die Pyramiden von Teotihuacan. Von Carlos Freih. von Sagem. — (Mit 1 Plastr.) — Der australische Ueberland-Telegraph. (Begleitungsworte zur Karte.) — Bosnien und sein Leben. Ein Essay. Von Dr. A. Buddeus. Ferner verschiedene Notizen.

Specialite.

Verlobungs-u. Hochzeits-Anzeigen
(und andere Familien-Anzeigen).

Visiten- u. Adress-Karten.

Graveur-Arbeit. (Siegel, Stempel)

Ehren-Bürger-Briefe.

Ehren-Mitgl. Diplome f. Vereine.

Matjes-Seringe
à 5 u. 10 Pf., $\frac{1}{16}$ Do. 3.50 M. excl.

Himbeerjaft à Bfd. 65 Pf.
bei 5 Bfd. à 55 Pf.

Apfelwein zur Cur à Fl. 50 Pf.
[7150] **A. Gonschior, Weidenstr. 22.**

1890